



09.04.2013

Bürgerinitiative „Zukunft für Straßenhaus“

„Zukunft für Straßenhaus“

Bürgerinitiative gegen die geplante Ortsumgehung B256 Straßenhaus

Region. Um die Ortsdurchfahrt für Anwohner, Fußgänger und Linksabbieger zu verbessern, fordert die BI „Zukunft für Straßenhaus“ die folgenden Maßnahmen:

Kurzfristig umsetzbare Maßnahmen sind nach Meinung der BI:

Aus Richtung Neuwied kommend, vor dem Abzweig Hardert eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 70 km/h. Zebrastreifen an jetziger Überquerungshilfe im Bereich Metzgerei/Apotheke. Zebrastreifen zum sicheren Erreichen des REWE-Marktes in der Höhe Westerwald Garage (Ford-Autohaus), mit gleichzeitiger Verlegung der jetzigen falsch platzierten und daher wenig genutzten Überquerungshilfe. Regelmäßigere Radarkontrollen. Geschwindigkeitsanzeigetafel an beiden Ortseingängen. Keine Freigabe der B 256 für Lkws nach Fertigstellung der OU Rengsdorf. Stärkere Kontrollen von Lkws (sog. Mautprellern): Die Aussage, dass es hierzu keine Wendemöglichkeit für LKW gibt, und deshalb keine Kontrollen stattfinden, kann die BI so nicht gelten lassen. Eine der denkbaren Wendemöglichkeiten wäre zum Beispiel der Busbahnhof in Straßenhaus: Die Lkw-Fahrer müssen bei unberechtigter Benutzung der B256 mit einem Bußgeld belegt werden. Längere Schaltung der Ampelanlage auf Rot für die Querung durch Fußgänger, insbesondere wegen der Kinder und älterer Mitbürger. Einrichtung einer Bushaltestelle in Höhe des REWE-Marktes.

Mittelfristig umsetzbare Maßnahmen sind nach Meinung der BI:

Zwei Kreisel: Einer am Ortseingang / Abfahrt Hardert / Jahrsfeld von Neuwied kommend und ein weiterer am Ortsausgang Richtung Willroth / A3 in Höhe der Einmündung der K99 (nach Ellingen).

„Die Aussage des LBM, es dürfe keinen Kreisverkehr auf einer Bundesstraße geben, sehen wir durch die befristete Genehmigung des Kreisels in Bonefeld als hinfällig an,“ so die beiden Sprecher der BI „Zukunft für Straßenhaus“

Egon Krobb und Delia Buchstäber.

Außerdem ist sich die BI „Zukunft für Straßenhaus“ darüber einig, dass, wenn sich alle obigen Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und Verkehrssicherheit in den kommenden 10 bis 15 Jahren, die vermutlich bis zum Bau einer anderen Lösung vergehen würden, als nicht ausreichend erweisen sollten, müsste über eine Beschränkung der Geschwindigkeit auf 30 km/h in der Ortsdurchfahrt entschieden werden.

„Unserer Meinung nach wurden die obigen, teils bereits diskutierten Verbesserungen bisher nicht umgesetzt, um den Verkehrs-Druck auf die Straßenhauser Bürger, insbesondere auf die Anwohner der Raiffeisenstraße bestehen zu lassen. Damit sollte vermutlich die Forderung nach einer Ortsumgehung unterstützt werden,“ so beide abschließend.

Für Fragen stehen die BI-Sprecher/-in Egon Krobb, Tel. (0 26 34) 95 62 11 und Delia Buchstäber, Tel. (0 26 34) 43 49 zur Verfügung.

Pressemitteilung Bürgerinitiative „Zukunft für Straßenhaus“